

In dürftiger Zeit

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **105 (2011)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Über neokoloniale und geschichtsphilosophische Irrtümer

«Aufstand in Arabien!» Vielleicht ist dieser Titel aus der *Frankfurter Allgemeinen* die ehrlichste Formel für alle neokolonialen Frechheiten, die dieser Tage die Runde machten. Überhaupt werden die wahren Interessen und Denkhaltungen der Mächtigen kaum noch diplomatisch kaschiert. Zumindest nicht mehr, seit der Kurzzeit-Doktor zu Guttenberg für den Deutschen Kriegseinsatz in Afghanistan und Silvio Berlusconi für den italienischen Staat zuständig ist. Unverblümt wird ausgesprochen, was die nationalen Interessen sind. In Afghanistan wird die deutsche Wirtschaftskraft verteidigt und in Libyen die Resultate des italienischen Kuhhandels mit Gaddafi, die Berlusconi in folgender Klarheit darlegte: «Mehr Gas, mehr Benzin – und weniger illegale Einwanderer». Dabei wirft gerade die Plagiatsdebatte um den Deutschen Verteidigungsminister ein grelles Licht auf die Dreistigkeit aktueller nationalstaatlicher Sprache. Der CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus von Baden-Württemberg sagte zu den Vorwürfen gegen seinen Parteikollegen: «Wir haben in diesem Land – und in Afghanistan – wahrlich andere Sorgen als die Frage, ob einige Fussnoten richtig gesetzt sind.» Neben der auf Volksakklamation schielenden Verachtung gegenüber vermeintlich elitären Moralaposteln, ist diese Forderung des nationalen Schulterschlusses und Kritikverbots eine Wiedergängerin nationalsozialistischer Kriegsrhetorik, was auch der *Frankfurter Allgemeinen* entschieden zu weit ging: «Ein merkwürdig vertrautes Vokabular aus längst vergangenen Tagen zieht herauf. Wen sollte es wundern, wenn wir nächstens die Bundestagswahlen absagen, weil Deutschland gerade wieder verlustreich am Hindukusch verteidigt wird – und man wahrlich andere Sorgen als Wahlen habe?»

Die nationale Interessenschau der Europäer ist angesichts der zerbrechlichen emanzipatorischen Bewegungen von Jemen bis Marokko ein Skandal. Denn die Gründe für das lange Lavieren der EU im Falle des vom Wahnsinn befallenen Mörders Muammar Gaddafi sind auch nicht von anderer Qualität als der «Fehltritt» von Mappus. Sie sind unverhohlen von den nationalen Interessen Öl, Export und Angst vor Flüchtlingen geleitet. Angesichts der politischen Priorität, sich

der unerwünschten Flüchtlinge zu erwehren, bleibt für die fernen Toten nur ein passives Bedauern. Treffend deshalb die Schlagzeile der WOZ in ihrem Titelbericht zur parastaatlichen EU-Grenzschutz-Truppe Frontex, die zur quasi unlimitierten Endabsicherung der Schengen-Aussengrenzen berufen wurde: «Der Sturz der südlichen Grenzwächter». Kürzer kann man nicht aussprechen, zu was die von der EU gestützten und vom «Aufstand in Arabien» gestürzten Machthaber Ben Ali, Mubarak und Gaddafi seit dem Ende des Kalten Kriegs gut waren. Und es zeigt sich nirgends so stark, wie beim Kampfum Einfluss im Nahen Osten und Nordafrika, was die sogenannte Entideologisierung der Politik seit 1989 bedeutet: Die Renaissance des offensichtlich nationalistisch gefärbten Kampfs der Nationalökonomien.

Von daher ist es sicher nicht falsch, hinter der Beschwörung der islamistischen Gefahr in den befreiten Ländern die Angst der westlichen Regierungen vor schwindendem Einfluss zu vermuten. Aber die Kritik des einen ergibt noch nicht die Richtigkeit des anderen. Und aus der Tatsache, dass viele junge Demonstranten Internet erprobt sind, und fließend Englisch sprechen, lässt sich noch nicht auf einen perfekten, säkularen und progressiven Demokratisierungsprozess schliessen. Im Gegenteil, erweisen sich gerade solche oft zu hörenden Argumentationen selber als neokoloniale Frechheit. Weil darin nichts anderes als der magische Glaube steckt, dass Internet und Englisch die Leute automatisch im westlichen Sinne «zivilisierten».

Aber dieser eng geführte Optimismus ist genauso verfehlt, wie Michel Foucaults Zukunfts-Enthusiasmus angesichts der iranischen Revolution 1979. Es ist eine Erwartung, die am falschen Ort ansetzt. Denn freuen sollten wir uns zunächst vor allem am Ereignis selber. Eine Revolution hat ihre Bedeutung zu allererst in der Gegenwart. Und was direkt folgt, steht meistens auf einem anderen Blatt. Denn die realen Machtverhältnisse sind in der Regel stabiler und zählebiger als die Führer, die sie repräsentierten. Das Faktum aber, dass die Leute selber ihre Machthaber verjagen konnten, ist bereits ein Fortschritt, der sich selbst

Schluss Seite 95